

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

15.11.1849 (No. 272)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 15. November.

N. 272.

Vorabdruckung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einzeldruckgebühr: die gehaltene Festschrift oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Der Feier des 15. Nov. wegen erscheint morgen kein Blatt dieser Zeitung.

Die Gefion.

In Betreff der am 5. April d. J. den Dänen abgenommenen Fregatte „Gefion“ (jetzt „Edernförde“), welche in neuester Zeit der Gegenstand einer Streitfrage zwischen Berlin und Frankfurt geworden ist, bemerkt der Preussische Staatsanzeiger in Erwiderung eines Artikels der Oberpostamt-Zeitung:

Der in der Nacht vom 27. zum 28. September gemachte Versuch, die Fregatte nach Kiel zu entführen und in die Hände der dortigen Statthaltertschaft, ohne einige Garantie für die deutschen Regierungen, zu bringen, wird auf das Motiv begründet, daß mehrerlei Befürchtungen laut geworden, daß, wenn auch nach den wiederholten Erklärungen der Organe der k. preussischen Regierung kein geheimer Artikel, die Auslieferung der Fregatte „Gefion“ an Dänemark zu vollziehen, der Berliner Waffenstillstands-Urkunde vom 11. Juli beigelegt sey, dennoch Vorbehalte oder Unterhandlungen möglicher Weise dahin führen könnten, daß eine Ueberlieferung an das selbständige Schleswig statthände, und somit jenes nunmehr deutsche Kriegsschiff indirekt wieder der dänischen Seemacht anheimfiele.

Das vergleichen Innuantionen, welche der fragliche Artikel selbst als „hoffentlich ganz und gar ungegründete Gerüchte“ bezeichnet, nur mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen und faum mit völliger Unwissenheit und Unthätigkeit ihrer Erfinder entschuldigt werden, sondern nur aus bösem Willen hervorgegangen seyn können, bedarf für Den, der die Lage der Dinge und die völkerrechtlichen Verhältnisse kennt, keiner Bemerkung.

Gen so wenig wird es irgend einem Unbefangenen zweifelhaft seyn, daß Preußen diese Wegführung nicht zugeben könnte. Die „Gefion“ ist nach Kriegsbrech Eigenthum des Deutschen Bundes geworden, und allein die Gesamtheit der Regierungen desselben hat Ansprüche auf diese Kriegsbeute. Seitdem Preußen die Führung der dänischen Angelegenheit übernommen, und während seine Truppen den südlichen Theil von Schleswig und den Edernförder Hafen besetzt halten, ist es den übrigen deutschen Regierungen für die Erhaltung der Fregatte verantwortlich, und kann daher weder dem jetzigen Frankfurter Ministerium noch der Statthaltertschaft eine Verfügung über dieselbe zustehen, um so weniger, da es nur zu offenbar ist, daß keine von beiden dieselbe zu schätzen irgendwie im Stande wäre. Der Versuch einer Wegführung des Schiffes, ohne Mitwirkung und Schutz der preussischen Regierung, unter einer von Dänemark nicht anerkannten Flagge, und in einen holsteinischen Hafen, würde schwerlich etwas Anderes zur Folge haben, als eine Wegnahme derselben durch die Dänen, welche Preußen, wenn es jene Wegführung, ohne dabei theilhaftig zu seyn, zugelassen oder ignorirt, kaum zu einer Reklamation berechtigt hätte.

Das Verfahren der Militärbehörden hat demnach die vollständigste Billigung Seitens der k. Regierung finden müssen.

Die neueste Instruktion endlich, an den Kommandirenden der Fregatte, Leutnant Poppe, unter dem 28. v. M. gerichtet und dahin lautend, das Schiff eher in die Luft zu sprengen oder zu verbrennen, als es in die Hände preussischer Streitkräfte gelangen zu lassen, wird durch folgende amtliche Mittheilung des „Bevollmächtigten für die Schleswig-holsteinische Statthaltertschaft“ motivirt:

Eben empfangenem Auftrage zufolge habe ich die Ehre, an die hohen Reichsministerien der auswärtigen Angelegenheiten und der Marine in Betreff der Fregatte „Edernförde“ nachstehende ergebene Mittheilung zu richten.

Von einem glaubwürdigen Mann in Flensburg wird von dort am 23. d. M. an meine Regierung folgendes geschrieben:

„Aus einer, wie ich nicht zweifeln darf, vollkommen sichern Quelle erfahre ich, daß der Admiral Steen-Bille, welcher sich gegenwärtig hier befindet, mit dem Obersten Hodges über den Plan, die Gefion zu entführen, in der Weise einig geworden, daß dieselbe nach einem Plaze gebracht werde, wie Arroesund oder Alsen, unter dem Vorwand, sie dort sicherer zu überwintern. Es sey nicht der geringste Zweifel, daß der Weg von Arroesund nach Kopenhagen dann für die Gefion ein sehr kurzer seyn werde.“

Auf solche in eine amtliche Mittheilung übergegangene Gerüchte hin ist eine Instruktion erlassen, welche zu Charakteristiken nicht nöthig ist.

Der völlige Ungrund dieser geradezu verleumderischen Gerüchte sollte von vorn herein einem Jeden klar seyn. Sie waren auch der k. Regierung von der Statthaltertschaft in Kiel mitgetheilt worden, aber, wie es sich gebührte, unberücksichtigt geblieben; die k. Regierung konnte einer solchen Anschuldigung gegen den Kommissar der vermittelnden Macht ihr Ohr nicht leihen. Die k. dänische Regierung aber hat durch ihren hiesigen Gesandten in außerordentlicher Mission, Herrn v. Pechlin, ausdrücklich und schriftlich erklären lassen, daß sie ihrerseits an keine Veränderung des Status quo in Bezug auf diese Fregatte denke; sie hat es diesmal wieder-

holt ausgesprochen, daß sie dieselbe als eine durch kriegsrechtliche Erwerbungen in das Eigenthum des Deutschen Bundes übergegangene Kriegsbeute ansehe, und keinen Anspruch auf Herausgabe derselben mache.

Hiernach könnte es keinen Anstand haben, die Fregatte ruhig im Hafen von Edernförde beaufsichtigt weiter Ausbesserung zu lassen, da sie, sofern der Waffenstillstand besteht und wirklich ausgeführt wird, dort keiner Gefährdung ausgesetzt erscheint.

Da aber die Zustände in Schleswig der Art sind, daß die nächsten Eventualitäten sich nicht mit Sicherheit vorausbestimmen lassen, hielt die k. Regierung es für wünschenswerth, daß die Fregatte zur Ueberwinterung in einen preussischen Offshafen gebracht würde, weil sie nur dort mit voller Sicherheit die Erhaltung derselben für die Gesamtheit des Deutschen Bundes verbürgen und sie der Bundesgewalt zur Disposition stellen konnte. Sie war aber so weit entfernt, eine gewaltsame Beschlagnahme derselben zu beabsichtigen, daß sie die Verwendung der kaiserl. österreichischen Regierung in Anspruch genommen hat, um die Zustimmung Sr. kaiserl. Hoh. des Erzherzogs Johann zu einer solchen Hinüberführung, welche natürlich nur unter der anerkannten preussischen Flagge mit Sicherheit geschehen kann, zu erlangen. Sie hat lieber formelle Rücksichten bei Seite setzen, als bedauernde Konflikte herbeiführen und auch nur den Schein einer eigenmächtigen Verfügung über Bundesgegenstand auf sich ziehen wollen.

Da inzwischen die k. dänische Regierung die Ansicht aufgestellt hat, daß in Bezug auf die Fregatte Gefion, welche bei Abschluß der Konvention vom 10. Juli zwar von den kriegsführenden Regierungen genommen, aber noch nicht geborgen gewesen sey, während des Waffenstillstandes der Status quo aufrecht erhalten werden müsse, und in Folge dessen Protest gegen die Wegführung aus Edernförde eingelegt, so hat die k. Regierung diese Rechtsfrage der vermittelnden Macht Großbritannien, deren Entscheidung in Fragen des Seerechts von besonderem Gewichte seyn muß, zur Beurtheilung vorgelegt, und sieht deren Antwort in kurzer Frist entgegen.

Einberufung der revidirenden Versammlung in Württemberg.

Das württembergische Regierungsblatt vom 13. bringt folgende k. Verordnung:

Wilhelm, König von Württemberg.
In Gemäßheit des Gesetzes vom 1. Juli d. J., betreffend die Einberufung einer Versammlung von Volksvertretern zu Beratung einer Revision der Verfassung, Art. 21, haben Wir nach dem Antrage Unseres Geheimministers und nach Anhörung Unseres Geheimrathes beschlossen, die zu Beratung einer Revision der Verfassung bestimmte Versammlung auf Samstag den 1. Dezember d. J. in Unsere Haupt- und Residenzstadt Stuttgart einzuberufen.

Wir verfügen demnach, daß die Mitglieder dieser Versammlung am 30. November d. J. sich dahier einstellen und dem ständischen Ausschusse davon Nachricht geben.

Unser Minister des Innern ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung dieser Verordnung beauftragt.

Gegeben Stuttgart, den 12. November 1849.
Wilhelm.
Herzog. Schlayer. Wächter-Spittler. Baur. Hänlein.
Auf Befehl des Königs,
der Kabinettsdirektor: Maucler.

Wilhelm, König von Württemberg.
Nach Ansicht des Art. 22 des Gesetzes vom 1. Juli 1849 in Betreff der Einberufung einer Versammlung von Volksvertretern zu Beratung einer Revision der Verfassung und in Erwägung: 1) daß die in diesem Artikel vorgeschriebene Aufnahme der deutschen Reichsverfassung in die Formel des von den Mitgliedern der gedachten Versammlung abzulegenden Eides einer Zeit entkämmt, in welcher das Zustandekommen einer solchen Versammlung vor der Eröffnung der revidirenden Versammlung als gewiß angenommen wurde; 2) daß diese Voraussetzung nicht eingetreten ist, indem zur Zeit eine Reichsverfassung zwischen den deutschen Regierungen und dem Volke, wozu der Bundesbeschluß vom 30. März 1848 eine Versammlung von Vertretern des Volkes berufen hat, noch nicht abgeschlossen ist, und eine in Deutschland zur Anerkennung gelangte Reichsverfassung nicht besteht; 3) daß aber die Beachtung eines künftigen, noch unbekanntem Zustandes vernünftiger und gewissenhafter Weise nicht beschworen werden kann, und die Fälligkeit des Namens Gottes verbietet, in zweideutigen Worten mit Eiden zu spielen; daß vielmehr ein solches Verfahren durch tiefe Verletzung des religiösen und sittlichen Gefühls und durch Irreleitung des Rechtsbewußtseyns des Volkes dem Staate unheilbare Nachteile bringen müßte; 4) daß die hiernach für jetzt notwendig gewordene Abänderung der in dem obgedachten Gesetzartikel für die Mitglieder der revidirenden Versammlung vorgeschriebenen Eidesformel mit dieser Versammlung selbst nicht verabschiedet werden kann, da zu der Konstituierung derselben die vorgängige Vereidung ihrer Mitglieder gesetzlich gefordert ist, verordnen und verfügen Wir in Kraft des §. 89 der Verfassungsurkunde, nach Anhörung Unseres Geheimen Rathes, wie folgt:

Art. 1. Die Aufnahme der deutschen Reichsverfassung in die Eidesformel, nach welcher die Mitglieder der einberufenen Versammlung von Volksvertretern zu Beratung einer Revision der Verfassung bei ihrem Eintreten in die Versammlung verpflichtet werden, ist auszusprechen, und wird dabei die Formel zur Zeit folgendermaßen lauten:

„Ich schwöre, als Mitglied der zur Revision der Verfassung berufenen Versammlung das Wohl des Königs und des Vaterlandes gewissenhaft zu wahren, und ohne alle Rücksichten nach freier eigener Ueberzeugung mitzuwirken zu einer den Grundrechten des deutschen Volkes entsprechenden Aenderung der Landesverfassung.“

Unser Minister des Innern ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt.
Gegeben Stuttgart, 12. November 1849.

Wilhelm.
Herzog. Schlayer. Wächter-Spittler. Baur. Hänlein.
Auf Befehl des Königs,
der Kabinettsdirektor: Maucler.

Zur deutschen Zollvereinigung.

Die Wiener Zeitung bringt einen neuen Artikel über die Frage der Zollvereinigung, diesmal der „Austria“ entlehnt und nachstehenden Inhalts:

Soll der Einigungsgebanke Deutschlands nicht obenhin verflattern, um später vielleicht von unten erschütterter denn je wieder hervorzubrechen, so muß er praktisch an die Zollvereinigung angeknüpft werden. Was steht dieser noch entgegen? Prohibitivsystem, die Monopole in Oesterreich, die Schlagbäume der Wissenschaft, Alles Das, was in den dreißiger Jahren Oesterreich vornehmlich abhielt, an dem Zollverein Theil zu nehmen, — es soll in der Hauptfrage jetzt auf immer beseitigt werden. Man unterschätzte damals die Bedeutung des Zollvereins. Nachdem hierüber jedoch genügend Erfahrungen gemacht worden sind, wird sich Dies nicht wiederholen. Auch die bessere Erkenntniß ist ein Fortschritt.

Man führte damals finanzielle Gründe als ein entscheidendes Moment gegen den Zollverein ins Feld; die Einnahmen, hieß es, würden unter den niedrigeren Jöden leiden. Glücklicher Weise ist auch dieses Bedenken durch die Erfahrung gänzlich beseitigt worden. Die Industrie des Zollvereins machte rasche Fortschritte, die Steuerkraft der Bevölkerung verdoppelte sich, und obendrein stiegen die Zolleinnahmen, bei erheblicher Ersparniß in der Gränzverwaltung (bis auf 11 % der rohen Zolleinkünfte), von Jahr zu Jahr. Preußen hatte dem Zustandekommen des Zollvereins wirklich finanzielle Opfer gebracht: da seine Industrie unter dem Schutze des Tarifs von 1818 sich verhältnismäßig am meisten entfaltet hatte, so nahmen seine Zölle vor der Zollvereinigung in höherem Verhältnisse zu, als nach derselben, und der auf Preußen nach der Kopfzahl fallende Antheil der allgemeinen Zolleinnahme war ebenfalls geringer, als seine frühern eigenen Zolleinkünfte. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde dies Verhältniß für Oesterreich, das jetzt die weit geringere Zolleinnahme auf den Kopf hat, sich günstiger gestalten. Doch hiervon abgesehen, darf auch Oesterreich in der Folge, wenn es noth thut, ein finanzielles Opfer nicht scheuen, eher als es sich Deutschland entfremden läßt, worin seine größte Gefahr liegt. Wobin die Zollirung in bewegten Zeiten den Kaiserstaat führt, und dann, vermöge der innern völkereichen Zusammensetzung desselben, immer führen muß, Das ist fast bei jeder mächtigen Welterschütterung, und besonders im vorigen Jahre, erfahren worden. Der erste wahre Schritt aus der Zollirung heraus aber ist die Aufhebung des Prohibitivsystems und der Eintritt in das Schutzsystem; der zweite, damit zusammenhängende, die Zollvereinigung mit Deutschland.

Wir verhehlen uns nicht, der Weg dahin ist noch weit und mühselig. Ein Berg von Schwierigkeiten thürmt sich auf zwischen der Zollvereinigung Oesterreichs und Deutschlands, und es wird eine seltene Thatkraft und Ausdauer dazu gehören, sie alle hinwegzuräumen. Viele Hindernisse werden von außen kommen, und von innen werden sie vielleicht noch größer seyn. Das einzusehen, braucht man den Schleier darüber nur ein wenig zu lüften. Wie die Sachen jetzt liegen, eignet sich der Zollverein, der nahezu $\frac{1}{4}$ der Bundesbevölkerung umfaßt, noch am meisten, mit seinen bestehenden Einrichtungen, unbeschadet ihrer weitem Fortbildung, als Grundlage der Zollvereinigung angenommen zu werden. Das Zollsystem des Kaiserstaats muß sich dazu erst befähigen durch Umbildung seiner prohibitiven Natur und anderer besonderer Verhältnisse. Geschieht Dies auf angemessene Weise, so kann es Deutschland freilich Vortheile und eine Zukunft bieten, wie sonst kein anderer Staat. Für das Königreich Dalmatien besteht noch ein spezieller Zolltarif, für Ungarn und Siebenbürgen, obwohl im allgemeinen Zollverbande mit einbezogen, eine Zwischenzolllinie; das lombardisch-venetianische Königreich ist auf seiner Gränzlinie gegen die übrigen österreichischen Länder mit einer Uebergangsolllinie und gewissen Gebühren belastet. Andererseits sind die wichtigsten und werthvollsten Gewerbezweige ganz außer gesetzlichen Handel gesetzt und fast alle irgend erheblichen Industrieerzeugnisse mit verbotähnlichen Eingangszöllen belegt. Kein Zweifel, daß die Aufhebung dieser Prohibition, eben so gebieterisch von dem Interesse des Schatzes, als dem des Verkehrs und der Volkswohlfahrt gefordert, zugleich den Wegfall aller jener innern Zollschranken und die Annäherung an Deutschland erleichtern würde. Das

System, wie es besteht, leidet in volkswirtschaftlicher wie finanzieller und administrativer Hinsicht an Gebrechen, die seine Erweiterung über andere deutsche Staaten unmöglich machen. Eine radikale Reform erst befähigt es, das System auch für Deutschland zu werden. Darum legen die Vorschläge in der Wiener Zeitung auch mit Recht einen so großen Wert und den Hauptnachdruck auf die erste Periode der Annäherung, welche die andern anbahnen soll: auf die Periode der innern Reform.

Freilich, bei der trügen Kraft alles Besiehenden, bei dem Tiefenschnitten der Zollfragen, bei der Wucht der Masse ist zumal auf diesem Gebiete die Reform viel leichter ausgesprochen, als durchgeführt. Aber je weiter das Ziel, je schwieriger der Kampf, desto höher der Preis.

Deutschland.

Durlach, 10. Nov. (Fruchtmarkt.) Vom vorigen Markte blieben aufgestellt: 91 Mtr.; eingeführt wurden: 870 Mtr.; Summe des Vorraths: 961. Dievon wurden verkauft 879 Mtr.; bleiben aufgestellt 82 Mtr. Durchschnittspreis vom Malter Weizen — fl. — kr.; Korn (neuer) 7 fl. 30 kr.; Korn — fl. — kr.; Gerste 4 fl. 30 kr.; Weizen — fl. — kr.; Haber 3 fl. — kr.; das Sester Einsen — fl. — kr.; das Sester Erbsen 1 fl. — kr.

Heidelberg, 12. Nov. (Viene.) In der verflohenen Nacht machten mehrere von den im neuen Gefängnisse hier befindlichen politischen Verbrechern mit Feilen und Sägen den Versuch, das Freie zu gewinnen, wurden aber glücklicher Weise bei der Arbeit, bei welcher sie, was man ihnen sonst nicht nachsagen kann, sehr fleißig waren, erwischt.

Stuttgart, 11. Nov. (Ulm. Chr.) Vorgestern Abend heiläufig um 8 Uhr ging ein wegen braven Verhaltens des Korinther Scharfschütz vom 6. Infanterieregiment über den Wilhelmplatz, wo er unversehens von 12 bis 15 Bürschen angefallen und unter Schmähungen seiner Dekoration beraubt wurde. Zu was werden solche Erzeße führen? Wir überlassen dem Leser selbst die Antwort. Dagegen geben wir dem k. Ministerium zu bedenken, wie sehr eine gewisse Partei neuerdings wieder in der Fanatisierung des Hühels fortschreitet, weil es leider scheint, das Kabinett vom 28. Okt. habe das Inventar seiner Vorgänger ohne Benefiz angetreten. Wir erwarteten durchgreifende, energische Maßregeln, und die überwundene Faktion hatte bereits ohnmächtig den Rücken zum Streiche geboten; da man zaubert, so ist sie, erlaubt, wieder kräftigere hingestanden, und — Das sind ihre ersten Früchte!

Stuttgart, 12. Nov. (Schw. M.) Ein die württembergische Postfrage behandelnder Artikel in der Allgemeinen Zeitung (Ist der höchst verschiedenartigen Erwähnung, welche über den dem Fürsten von Thurn und Taxis zustehenden Antheil an dem Ertrage der württembergischen Posten verbreitet sind, und knüpft daran das Verlangen nach Aufklärung aus authentischer Quelle.

Die in dieser Beziehung ausgesprochene Erwartung soll hiemit erfüllt werden. Nach Bestreitung der Verwaltungs- und Betriebskosten, nach Entrichtung von 70,000 fl. an den Staat, und nach Berücksichtigung der im Jahr 1819 mit 46,000 fl. liquidirten und im Vergleichsweg auf 40,000 fl. festgesetzten Entschädigung des fürstl. Hauses Taxis bleibt aus der Verwaltung der württembergischen Posten nach dem Durchschnitt von 12 Jahren noch ein Gewinn von 11,000 fl., wenn die bei Ueberlassung der Postadministration vereinbarte, von nur 5000 fl. aber, wenn die liquidirte Entschädigung zu Grunde gelegt wird. In diesem Gewinne besteht die ganze Vergütung für alle mit der Administration der Posten des Königreichs verbundene Verantwortlichkeit und für das in Ansehung des großen Betriebskapitals zu tragende Risiko.

Stuttgart, 13. Nov. Das heutige Regierungsblatt enthält die Einberufung der Landesversammlung zur Revision der Verfassung auf den 30. November, so daß also, wie ich früher gemeldet, die Eröffnung am 1. Dezember stattfinden wird. Die Beziehung auf die nicht zu Stande gekommene Reichsverfassung in der von den Mitgliedern zu schwörenden Eidesformel ist durch k. Verordnung beseitigt, so daß also durch dieselbe die Stände nur „zu einer den Grundrechten des deutschen Volkes entsprechenden Aenderung der Landesverfassung“ mitzuwirken haben. Die Verordnung erfolgte auf Grund des §. 89 der bisherigen Verfassung, wonach der König das Recht hat, „ohne die Mitwirkung der Stände die zu Vollstreckung und Handhabung der Gesetze erforderlichen Verordnungen und Anstalten zu treffen, und in dringenden Fällen zur Sicherheit des Staates das Nöthige vorzunehmen“. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die veranlaßten Köpfe, aus welchen die große Mehrheit der neuen Landesversammlung besteht, sich dieser Aenderung fügen und so die ihnen gegebene Veranlassung ergreifen werden, doch noch die Durchführung der Grundrechte in Württemberg zu bewirken. Noch immer ist ihr Lösungswort die Reichsverfassung, — auf dieselbe Weise, wie bei den badiischen Revolutionären, indem sie nämlich von diesem Werke des von ihnen zur Zeit seiner Vollzähligkeit auf jede Weise angegriffenen Reichstages herausgreifen, was ihnen konvenirt. Eine Auflösung der neuen Verammlung müßte, da die Steuerverwilligung mit Ende dieses Jahres abläuft, alsbald neue Wahlen zur Folge haben, bei welchen voraussichtlich das Volk eine beispiellose Theilnahmlosigkeit zeigen würde.

Bei der hiesigen Robert-Blum-Feier waren die Redner die ehemaligen Reichstags-Abgeordneten W. Zimmermann (der verunglückte Leichenredner der Gefallenen des Frankfurter Septemberaufstandes) und Tafel. Nach einem Berichte betrug die Zahl der Teilnehmer über 1000; dennoch belief sich die veranstaltete Sammlung für die politischen Flüchtlinge auf nicht mehr als 47 fl. Den musikalischen Beitrag zu dem Feste lieferte die Bürgerwehrmusik, die ihre

Existenz freiwilligen Beiträgen der in der Mehrzahl nicht weniger als Blumisch gestimmten Bürgerwehr verdankt.

Zum Chef des Generalquartiermeister-Stabes an die Stelle des zum Vorstand des Kriegsdepartements ernannten Generals v. Baur ist Oberstleutnant v. Harbegg, früherer Untergouverneur des Kronprinzen, ernannt. Die dritte Infanteriebrigade erhielt der bisherige Oberst des 6. Infanterieregiments, v. Brand. Der frühere Kriegsminister v. Rüppin ist quieszirt.

Ludwigsburg, 12. Nov. (L. Tagbl.) Der Saal im hiesigen k. Residenzschloße, in welchem im Jahr 1819 die württembergischen Landstände die Verfassung annahmen (der sogen. „Festsaal“) wird gegenwärtig als Lokal für das Schwurgericht eingerichtet.

München, 9. Nov. (Allg. Z.) Die jüngste Debatte, die eben so reich an erhebenden Momenten als an niederschlagenden Szenen war, hat wenig Eindruck hinterlassen, da sie die große Sache, um die es sich handelte, um keinen Schritt förderte, vielleicht, wie die Sachen liegen, auch nicht fördern konnte. Die Kammer hat Protest dagegen eingelegt, daß die provisorische Zentralgewalt auch nur eine Stunde länger fortbauern solle, als der Vertrag laute. Aber es ist kaum abzusehen, wie in dieser kurzen Frist die große Verfassungswirung sich lösen solle. Und ist sie nicht gelöst, wie sollte dann in ein paar Monaten die neue Zentralgewalt weniger notwendig seyn, als heute?

Bis zum letzten Tage scheint Unsicherheit über das wahrscheinliche Resultat der Abstimmung geherrscht zu haben. Die Erklärung Hrn. v. d. Pfordtens, für bestimmte Fälle zurückzutreten, und die Abneigung gegen Namen, die schon auf der Breiße zu stehen schienen, falls das Kabinett fallen sollte, scheint die Mehrzahl der Stimmen geleitet zu haben, wobei sich die Kammer freilich nicht vor der Inkonsequenz wahrte, zwei in der Endabsicht auseinander gehende Anträge flüchtweise anzunehmen.

München, 10. Nov. (Augsb. Abendz.) Wir beehren uns, zu melden, daß Graf Bray von seinem Landgute Irnbach bei Straubing schleunigst zum König nach Nymphenburg berufen wurde, wo derselbe gestern eintraf und sogleich eine längere Audienz erhielt. Es knüpfte sich daran viele Vermuthungen; so erzählt man auch unter Andern, daß diese Berufung ihren Grund in einer neuen Ministerkrisis habe, die durch die Veröffentlichung der Schwarzenberg'schen Note herbeigeführt worden seyn soll. Was hieran Wahres ist, wird die nächste Zeit lehren.

Meiningen, 7. Nov. (D. P. A. Z.) Am 4. d. M. ist der neue Landtag durch den neuen Minister Hrn. v. Wegmar, in Begleitung der übrigen Ministerialvorstände v. Wibra, Hoffeld, und Dr. Oberländer, feierlich eröffnet worden.

Der Zweck dieses Landtags ist hauptsächlich die nochmalige Beratung der früheren Proposition vom 26. Juli d. J. wegen des Anschlusses des Herzogthums an das Bündniß der drei Könige. In der Eröffnungssrede befragte der Minister die bereits in öffentlicher Blättern kund gewordene Nachricht von der inzwischen auf eigene Verantwortung des Ministeriums erfolgten Ratifikation des Anschlußvertrags, und motivirte dies durch den Drang der Umstände. Die Aufgabe des Landtags wird es zunächst seyn, sich von der Wirklichkeit und dem Grade dieser Dringlichkeit zu überzeugen, und dann das Weitere in der Sache zu beschließen.

Zur Einsicht der bezüglichen Ministerialakten und Begutachtung des Gegenstandes ist ein besonderer Ausschuss erwählt worden, meist aus Kammermitgliedern, welche der früheren Verhandlung im Monat August nicht beigewohnt haben.

Meiningen, 9. Nov. (D. P. A. Z.) Die erste öffentliche Sitzung unseres Landtags gab alsbald Gelegenheit, den Stand der Parteien zu übersehen. Die Linke zählt noch 14 Kammermitglieder; die Rechte ist durch die verschiedenen Nachwahlen bis zu 11 herangewachsen. Die Prüfung der Wahlen hat bereits stattgefunden, und wenn diese auch zu mancherlei Nügen Anlaß gegeben hat, so werden doch wahrscheinlich sämtliche Wahlen die Anerkennung der Kammer finden. Die von dem vorigen Landtage abgelehnte und jetzt wieder erneuerte Proposition wegen des Anschlusses an das Bündniß der drei Könige wird diesmal aller Wahrscheinlichkeit nach durchgehen; theils weil die Demokratie wenig Interesse mehr bei der Sache hat, und bereits das ganze Werk für eine tote Geburt ansieht; theils weil mehrere Abgeordnete von der Linken die Absicht haben, sich einer zweiten Abstimmung über diesen Gegenstand zu enthalten; endlich weil nach Art. 85 des Staats-Grundgesetzes vom 23. August 1829 eine herzogliche Proposition nur mit einer Mehrheit von 3 Stimmen über die Hälfte der anwesenden Stimmen verworfen werden kann, wodurch der Rechten die Entscheidung in die Hand gegeben ist.

Frankfurt, 10. Nov. (Nürnb. Korr.) In Mainz hat der Radikalismus vorgestern Nacht eine feste Demonstration gemacht. Gestern früh fand man auf dem Plage vor dem Pallast des Erzherzogs Albrecht von Oesterreich, des Gouverneurs der Reichsfestung, eine rothe Fahne aufgesteckt, auf welcher ein Todtenkopf mit der Umschrift „Rache den Mördern“ angebracht war.

Frankfurt, 12. Nov. (N. Fr. Z.) So lange in Frankreich kein konsolidirter gesellschaftlicher Zustand ist, wird es in Deutschland nicht an Leuten fehlen, welche ihren Aufbruch gelassen an den französischen Zuständen fortwährend Nahrung geben. Leider gibt es noch immer Thörichte im Volk genug, die sich von ihnen verhegen lassen, und so hört man jetzt wieder aus dem Munde solcher Kannegeißer sagen: „In einigen Wochen wird's losgehen!“ Abends bilden sich hier oft, wenn die Pariser Post (was jetzt wegen der schlechten Wege häufig geschieht) um 9 Uhr Abends noch nicht da ist, Gruppen an dem Postgebäude, die von einem Pariser Aufstande schwagen, und lägenhafte Gerüchte in die Stadt

schleudern. Es ist dies dasselbe Manöver, was wir von früher her kennen, und so unbedeutend es ist, so mahnt es doch zur Vorsicht.

Gestern Abend wurden zwei Unverbesserliche in einem hiesigen Wirthshause von einem preussischen Kürassier, den sie bearbeiten wollten, tüchtig abgeführt und dann arreirt. Es sind zwei berühmte Bürsche aus dem nahen Bockenheim.

Mainz, 10. Nov. (Fr. Bl.) Gestern, als am Todestage Robert Blums, flatterte hier und da eine schwarze Fahne, und bald darauf folgten die Agenturen der Dampfschiffe (!) dieser Kundgebung, indem sie ihre Flaggen halb hielten. Nicht lange aber, so erschien der Adjutant des k. k. österreichischen Vizegouverneurs in Begleitung eines Polizeikommissärs und einiger Polizeiaagenten in dem Holzhofe, dessen Eigenthümer eine schwarze Fahne mit einem Todtenkopfe aufgezogen hatte, und forderte im Namen des Gouvernements denselben auf, die Fahne herunter zu nehmen und sogleich abzuliefern. Hierauf wurde den Dampfschiffahrts-Agenten befohlen, daß sie die Flaggen alsbald herunter zu nehmen hätten, indem, wenn Dies innerhalb einer halben Stunde nicht geschähe, mit bewaffneter Macht eingeschritten würde.

Gießen, 10. Nov. (D. P. A. Z.) Heute sind hier preussische Dragoner mit 160 Pferden von 4. Regimente, das bisher in Deuz und Bonn stand, einquartiert worden; das Regiment erhält sein Standquartier in Schiefen. Morgen soll preussische Landwehr hier einrücken, die sich aus Baden nach ihrer Heimath begibt.

Dresden, (Dresd. Z.) Von den in die Zweite Kammer Gewählten waren 36 von der radikalen, 32 von der konservativen, und 5 von beiden Parteien empfohlen worden, so daß diese, so wie die nötig gewordenen Nachwahlen, den Ausschlag geben werden. Es sind nämlich die Abgeordneten Weinlig, Klingner, Runo, und Müller doppelt gewählt; ferner finden sich unter den Gewählten 12 Suspendirte (für welche doch wohl abemals Radikale gewählt werden), und endlich hat auch Einer, Höpfer, die Wahl nicht angenommen. Es sind also noch 17 Wahlen zu erwarten. Zulassungsfähig sind vor der Hand nur 52, von denen 29 entschieden der konservativen Partei angehören.

Unter den in die Erste Kammer Gewählten befinden sich 22 von der liberal-konservativen und 24 von der radikalen Partei Vorgefragene. Unter den von Seiten der Letzteren Gewählten befinden sich übrigens mehrere Suspendirte, an deren Stelle Andere zu wählen sind. Bis jetzt sind 31 Mitglieder anwesend, von denen 16 entschieden der konservativen Partei angehören.

Hannover, 9. Nov. (Hann. Z.) Der König hat von den drei erwählten Kandidaten zum Präsidenten der Ersten Kammer bestätigt den Professor Brieleb, Abgeordneten der Universität Göttingen, zum Präsidenten der Zweiten Kammer den Oberbürgermeister Lindemann, Abg. der Stadt Lüneburg. Zum Generalsyndikus der Ersten Kammer wurde erwählt Derappellationsrath Bezin, der Zweiten Kammer der Advokat Hantelmann. Von der Zweiten Kammer wurde einstimmig die Deffentlichkeit der Verhandlungen beschlossen. Von dem König sind zu Mitgliedern der allgemeinen Ständeversammlung ernannt: Für die Erste Kammer: 1) der Vorstand des Kriegsministeriums, Generalleutnant Protz; 2) der Vorstand des Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten, Braun; 3) der Generalsekretär des Ministeriums des Innern, Regierungsrath Frhr. v. Hammerstein; 4) der Kammerath v. Münchhausen. Für die Zweite Kammer: Der Vorstand des Justizministeriums, v. Döring.

Hamburg, 9. Nov. (D. Ref.) Nunmehr hat sich das Schicksal der hier anwesenden Ungarn definitiv entschieden. Klapha hat durch Vermittlung des amerikanischen Gesandten in London an fünf verschiedenen Plätzen im Norden der Vereinigten Staaten nach eigener Wahl eine bedeutende Strecke Landes angewiesen erhalten, um dort eine ungarische Kolonie zu gründen. Der Preis der Landesstrecke ist sehr billig gelassen, weil auf eine starke Vermehrung für spätere Zeiten gerechnet worden ist. Zu diesem Zwecke begibt sich der gewesene Zwiigouverneur von Komorn, Wazy, am 15. d. M. mit einem Geometer auf dem Dampfschiff Hermann über Bremen nach Amerika, um die beste und vortheilhafteste Gegend zu ermitteln und die Eintheilung alsdann gleichzeitig zu bewerkstelligen. Die übrigen hier verweilenden Ungarn nebst Klapha gehen gleichfalls den 15. d. M. mit dem Segelschiff Franklin von hier direkt nach Amerika.

Berlin, 9. Nov. (Köln. Z.) Wie wir vernehmen, ist eine Note des hannoverschen Kabinetts eingelaufen, welche gegen jeden Beschluß des „sogenannten“ Verwaltungsraths, welcher nicht in Uebereinstimmung sämtlicher deutschen Staaten gefaßt worden, förmlich protestirt. Der Verwaltungsrath hat es nicht für angemessen erachtet, von diesem Aktensstücke irgend offizielle Notiz zu nehmen. Es wird daher unbeantwortet bleiben.

Berlin, 9. Nov. (Nürnb. Korr.) Es wird uns ein Einbild in ein Altenstück vergönnt, welches sowohl wegen der Stellung als wegen der politischen Einsicht des Mannes, der in demselben seine Ansichten niedergelegt hat, hohe Beachtung anpröhrt. Hr. v. Uffo om, der preussische Gesandte an den italienischen Höfen, hat vor kurzem ein Sendschreiben an seine Wähler, die ihm ihre Vertretung in der Ersten Kammer übertragen haben, erlassen, in dem er sich folgendermaßen äußert:

„Sie wissen, wie Preußen einen Versuch gemacht hat, durch den Dreikönigsbund die deutschen Staaten zu einem engeren Bunde zu vereinigen. Es ward der gereinigte Frankfurter Verfassungsentwurf dabei zu Grunde gelegt, weil man, trotz aller Abirung der Frankfurter Versammlung, doch die legale Basis, auf der sie gestanden, nicht verleugnen wollte. Auch fühlte man in Berlin wie im übrigen Deutschland, daß die Einheitsidee — wie sehr auch durch

die Ideologie verwirrt — dennoch in sich selbst eine Berechtigung trage; man ging ferner von der Voraussetzung aus, daß Deutschland diese Einheit wirklich wolle und sich ohne dieselbe nie zufrieden geben werde. Diese Voraussetzung ist, um es schon jetzt auszusprechen, eigentlich das praktische Fundament der ganzen Sache: hat man sich darin geirrt, so ist das Projekt nicht zu retten. Gegen Deutschlands Willen, also zwangsweise, wird Preußen wohl schwerlich die deutsche Einheit erstreben wollen. Aus preussischem Ehrgeiz aber es aufs äußerste zu treiben, liegt der Gesinnung des Königs und der Regierung im Allgemeinen zu fern; im Volke mögen sich solche Tendenzen regen, doch ohne Aussicht, sie durchzusetzen. Wenn man aufmerksam die Dokumente durchliest, welche die preussische Regierung neuerlich in der deutschen Angelegenheit veröffentlicht hat, so wird man sich von der vollkommenen Aufrichtigkeit und Ehrenhaftigkeit überzeugen, mit welcher Preußen in dieser Sache gehandelt hat. Man wird sich aber zugleich nur mit großer Mühe der Ueberzeugung erwehren können, daß, so wie die Sachen jetzt stehen, und wenn keine besondere Wendung der Dinge eintritt, der Dreikönigsbund wenig Aussicht auf lange Dauer, noch weniger auf weitere Ausbreitung darbietet. Ich glaube Ihnen, meine Herren, in diesem wichtigen Punkte die ungeschminkteste Wahrheit schuldig zu seyn. Durch den Erfolg getäuschte Hoffnung ist bitterer und folgenschwerer, als wenn man von Anfang nur geringer Erwartung sich hingeeben."

△ Berlin, 12. Nov. Der heutige Staatsanzeiger meldet eine große Anzahl Ordensverleihungen an preussische Offiziere, welche den Feldzug in Baden mitgemacht haben. Dem Generalmajor v. Brun ist der Militär-Verdienstorden, dem Generalmajor v. Schaf der rote Adlerorden zweiter Klasse mit dem Stern, Eichenlaub, und Schwertern, den Generalmajoren v. Colln, v. Niesewand, v. Webern, v. Münchow, und den Obersten Graf v. Schlieffen, v. Scheel, und v. Brandenstein der rote Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern verliehen worden. Premierleutnant v. Münchhausen hat den roten Adlerorden vierter Klasse mit Schwertern erhalten.

|| Berlin, 12. Nov. Von dem Anklagesenat des k. Appellationsgerichts sind die Mitglieder der aufgelösten (preussischen) Nationalversammlung Vacher zu Stolp, Bading I, und Schulz in Wanleben, weil sie den Steuerverweigerungs-Beschluß vom 15. November v. J. zur Ausführung zu bringen suchten, wegen verübten Aufruhrs in Anklagestand versetzt.

Wien, 8. Nov. (Nürnberg. Korr.) Hinter jene Individuen, welche sich bei der Ermordung des Grafen v. Lamberg betheiligte zu haben im gegründeten Verdacht stehen, sind neuentens Strafbefehle erlassen worden, und zwar gegen 1) Georg Kolofy, Stud. der Philosophie, nachmals Honved-offizier, 2) Ludwig Denes, Ausbilder am Pecher Blindeninstitut, 3) Sigmund Jafas, Jäger oder Leibjäger, 4) Sandor Weber, Handlungsgehilfe, 5) Johann Balogh, Landesadvokat, Reichstags-Deputirter, später Major in dem Infanteriecorps, 6) Bartfay, gemeiner Soldat, 7) Serföz, Schuhmachergehilfe, später Dpernsänger. Der kürzlich stürzte Debit von Schulz's „deutschen Fahrten“ ist neuentens wieder gestattet worden.

Wien, 9. Nov. (W. Bl.) Der Professor der deutschen Sprache und Literatur an der Universität in Basel, Wilhelm Wackernagel, ist zum ordentlichen Professor desselben Faches in Wien, und der Professor Dr. K. A. Hahn in Heidelberg zum ordentlichen Professor der deutschen Sprache und Literatur an der Universität Prag ernannt worden.

Junobrunn, 8. Nov. (Junsbr. J.) Die Südtirolische Zeitung vom 7. November liefert in ihrer Anzeige der Verstorbenen in der Pfarre Bogen ein Verzeichniß von 18 Sterbefällen an der Cholera, worunter 7 Soldaten von Erzherzog-Albrecht, einer von Benedek-Infanterie, und 10

Fälle vom Zivil. Diese Todesfälle ereigneten sich vom 30. Oktober bis einschließlich 6. November, daher die Gerüchte von dem starken Umsichgreifen der Cholera in Bogen hiemit auf ihr wahres Maß beschränkt werden. Hier in Innsbruck wissen wir von keinem weiteren erwiesenen Cholerafall.

Schweiz.

Zürich. (N. J. J.) Am 9. d. M. haben die deutschen Flüchtlinge den Todestag Robert Blum's im Stillen gefeiert, indem die Polizei keine öffentliche Demonstration erlaubte.

Frankreich.

Paris, 12. Nov. Gestern fand in feierlicher Weise die Ausheilung der Preise für die letzte Gewerbeausstellung statt. Im Ganzen sind 40 Kreuze der Ehrenlegion, 182 goldene, 540 silberne, und 897 kupferne Denkmünzen vertheilt worden. Die bekannte Etikettfreiheit zwischen dem Präsidenten der Republik und dem Präsidenten der Nationalversammlung ist bei dieser Feierlichkeit in der Art gelöst worden, daß sowohl Hr. Ludwig Bonaparte als Hr. Dupin erhöhte Sige einnahmen, der Lehnstuhl des Letzteren jedoch kleiner und unansehnlicher war, als der des Präsidenten der Republik. (Freiheit, Gleichheit, und Brüderschaft.)

Man hat Nachrichten vom Kriegsschauplatz von der Saatscha bis zum 27. Oktober. Die Belagerungsarbeiten dauerten noch immer fort. Man zerstörte die Dattelbäume der Dase, was wieder mehrere Ausfälle der Araber veranlasste. Die Verstärkungen waren noch immer im Anmarsch.

In der Nationalversammlung legte der Justizminister Rouher heute einen Gesetzentwurf über die Deportation vor, wonach künftig die Insel Mayotte und die Marken als Deportationsorte dienen sollen. Dieses Gesetz soll jedoch keine rückwirkende Kraft haben.

Die bekannte Nina Cassave, zu ihrer Zeit als Mätresse des Mörders Fieschi eine Berühmtheit für Frankreich, ist im Hotel Dien gestorben. In der letzten Zeit sang sie auf den Straßen, und man sah sie Abends häufig unsern des Louvre, wo sie durch ihre grelle Stimme die Menge an sich zog.

Der Prozeß zu Versailles neigt sich zu Ende. Heute sind die Verhandlungen geschlossen worden, der Gerichtsschreiber hat die Fragen verlesen (SS an der Zahl), und im Laufe dieses Abends, gegen 9 Uhr vermutlich, werden die Geschwornen ihren Spruch thun, worauf gegen Mitternacht das Urtheil erfolgen wird.

Bermischte Nachrichten.

— Wie der Deutschen Reform geschrieben wird, traf der Erzherzog-Reichsverweser bei seiner Rückreise aus Belgien auf dem Rhein-Dampfschiffe zwischen Köln und Mainz mit den aus Norddeutschland heimreisenden H. v. Gagern und Rath zusammen. Das zufällige Zusammentreffen des Reichsverwesers mit dem ehemaligen Präsidenten seines Ministeriums war nicht ohne Interesse. Sie sahen sich auf dem Berdeck beim Auf- und Niedergehen. Nach dem beiderseitigen Gruß fragte der Reichsverweser den Hrn. v. Gagern, woher er komme? „Von Hamburg zurück“ war die Antwort. „Und ich komme aus Belgien“, entgegnete der Erzherzog. „Noch ein Gruß, und die Unterredung war zu Ende und wurde nicht wieder angeknüpft.“

— Dieser Tage vermählte sich in Braunshweig Hoffmann von Galsterleben mit seiner Nichte, einem Fräulein zum Berge, der Tochter eines Pastors im Hannoverischen. Hoffmann hat jetzt sein „Wanderleben“ aufgegeben und sich in Bingen häuslich niedergelassen.

— Im Reutlinger Kurier liest man nachstehendes Beispiel von Freischaaarpatriotismus: In T. bei Reutlingen kam eine Frau, welche ihren Mann veranlaßt hatte, den Freischaaarpzug nach Baden mitzumachen, zu einem ehemaligen Lehrer, und klagte ihm die Noth, in welche sie und ihre Familie hiedurch gerathen sey. Auf die Vorstellung, warum sie denn ihren Mann zu einem so unsinnigen Unternehmen verleitet habe, erwiderte sie: „Ja, Herr Präzeptor, ich hab' taba dacht, wenn er noch so viel mitbringt, daß es zum a Rühle langt!“ — Nicht

alle Freischaaarenhelden waren so bescheiden in ihren Ansprüchen, als dieser Mann.

— Die Schweizerischen Blätter beschäftigen sich derzeit viel mit der Frage des künftigen Münzfußes der Eidgenossenschaft. Es wäre wahrscheinlich an der Zeit, daß dieser Konfusion oder besser Kalamität für den innern Verkehr, für den Handel nach außen, und für den Reisenden endlich ein Ende gemacht würde. Die östliche Schweiz, mit der Dank von St. Gallen an der Spitze, welche letztere wöchentl. bedeutende Geldsendungen aus Augsburg und andern benachbarten Städten erhält, verlangt den süddeutschen Münzfuß, während die mittlere und westliche Schweiz das französische Münzsystem einführen möchte.

Frankfurter Kurszettel. Staatspapiere.

Frankfurt, 13. November.		Pr.	Papier.	Geld.
Österreich.	Metalliquesobligationen	5	87 1/2	87 1/2
"	"	4	69	68 1/2
"	"	3	51 1/2	51 1/2
"	Wiener Bankaktien		1316	1312
"	fl. 500 Loose		158 1/2	155 1/2
"	fl. 250 Loose von 1839		106 1/2	105 1/2
"	Bethmann'sche Obligationen	4	71 1/2	71 1/2
"	ditto	4 1/2	80 1/2	80 1/2
Preußen.	Preussische Staatsanleihe	3 1/2	88 1/2	88 1/2
"	50 Thlr. Prämienanleihe		—	100 1/2
Baden.	Obligationen	5	98 1/2	97 1/2
"	Obligationen	3 1/2	78 1/2	78
"	50 fl. Loose vom Jahr 1840		52 1/2	52 1/2
"	35 fl. Loose vom Jahr 1845		31 1/2	31 1/2
Frankfurt.	Obligationen vom Jahr 1839	3 1/2	93	92 1/2
"	ditto v. J. 1846	3 1/2	89	88 1/2
"	ditto	3	79 1/2	79 1/2
"	Tannuaktien à 250 fl. ohne Div.		296	294
Kurfürsten.	Partialloose à 40 Thlr. Preuß.		34 1/2	34 1/2
Bayern.	Bankaktien	3	64 1/2	—
"	Obligationen	3 1/2	84 1/2	83 1/2
Darmstadt.	Obligationen	4	88 1/2	88 1/2
"	ditto	3 1/2	82	81 1/2
"	Partialloose à fl. 50		71 1/2	71 1/2
"	ditto à fl. 25		27 1/2	27 1/2
Raffau.	Obligationen bei Rothschild	3 1/2	84 1/2	84 1/2
"	Partialloose à fl. 25		25 1/2	25
Württemberg.	Obligat. b. Rothschild n. Frschm.	4 1/2	94 1/2	94
"	ditto ditto	3 1/2	80 1/2	80 1/2
Holland.	Integrale	2 1/2	53 1/2	53 1/2
Sardinien.	Partialloose à fr. 36 d. Gebr. Bethm.		32 1/2	32 1/2
Spanien.	Span. Arboins incl. 15 Coup.	5	—	—
"	ditto inländische	3	27	26 1/2
Polen.	fl. 300 Loose à 105 fr. pr. Compt.		111 1/2	—
"	Obligationen à fl. 500	4	81 1/2	80 1/2
Portugal.	Obligationen in L. St. à fl. 12	3	—	—

Für österr. Fonds herrschte heute eine bessere Stimmung. Alle Gattungen derselben waren gefragt, und deren Kurse gingen bei mehreren Umständen höher als gestern. Auch hielten sich die Integrale und 3/10 Spanier zu steigenden Kursen mehr in Nachfrage. Alle übrigen Fonds und Eisenbahn-Aktien bei geringem Geschäft preisfallend. Berlin vom 12. Nov. (pr. Telegraph) B. Nordbahn 52 1/2.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Nov.	Barom.	Thermometer	Hygrometer.	Wind.	Bewölkung.	Regen- u. Schneemenge.	Verdunstung.	Thaupunkt.
7h	+	7h min.						
9h	+	9h max.						
2h	+	9h med.						
12.	14.4	1.9	1.7	94	NO	10	—	2.2
	13.4	3.3	3.4	90	NO	10	3.0	2.4
	13.2	2.2	2.4	94	NW	10	—	2.3
					trüb, Nebel.			
13.	12.5	2.6	2.6	96	NW	10	—	2.2
	11.9	7.4	7.8	84	W	1	—	3.2
	11.8	3.4	4.6	93	SW	0	—	2.5
					Nebel, trüb — heiter — heiter.			

Redigirt und besetzt von Dr. Friedrich Stehne.

Großherzogliches Hoftheater.
Freitag, den 16. November. Mit allgemeiner aufgehobenem Abonnement. Zum Vortheil des Unterstützungsfonds für Wittwen und Waisen der Mitglieder des großherzoglichen Hoforchesters. Neu einstudiert: Titus, große Oper in 2 Aufzügen von Mozart.

G. 942. In der Buchhandlung von A. Bielefeld in Karlsruhe ist vorrätzig:
Dr. Zul. Vogel's
Selbstarzt in der Syphilis.

I.
Eine deutliche Anweisung, sich durch die einfachsten Mittel und in der kürzesten Zeit von allen Formen der Syphilis radikal zu heilen.
Sammt Rathschlägen zur Wiedererlangung des verlorenen Zeugungsvermögens.
Preis: 45 kr. rhein.

G. 819. Unentbehrlich für Jedermann!
Zehnte!! Auflage!
Sammlung und Erklärung von 6000 fremden Wörtern, welche in der Umgangssprache, Nationalverfassungen und Zeitungen täglich vorkommen.

Als: Amendement — Anarchie — Aristokratie — Budget — Constitution — Demokratie — Infinitiv — Interpellation — Oligokratie — Permanent — Reaktion —

Radikal — Republik — Terrorismus und 6000 ähnliche Fremdwörter, welche in der Umgangssprache und in Zeitungen täglich vorkommen, um solche richtig zu verstehen und auszusprechen.

Vom Dr. und Rector F. W. Wiedemann.
Preis nur 45 fr.

NB. In jetziger Zeit ist es Jedermanns Bedürfnis, ein Nachschlagebuch der Art zur Hand zu haben, welches über alle die in Büchern und Zeitungen täglich vorkommenden Fremdwörter genaue Auskunft gibt; als ein solches ist das obige vom Professor Wiedemann'sche.

G. 915. Rudau im Amt Buchen.
Öffentliche Dankagung.

Zu den vielen hochverehrten edlen Handlungen, welche die Bahn Sr. Königl. Hoheit des Durchlauchtigsten Großherzogs von Baden bezichnen, steht die der Gemeindevater von Rudau veranlaßt, öffentlich zu verkünden: Als die Nachricht von dem schrecklichen Brandunglück, welches Rudau betroffen hat, bekannt wurde, gerühten Götterbesessenen, den Verunglückten aus höchst eigener Kasse eine Unterstützung von 1000 fl. gnädigst zu verleihen. Indem wir dafür öffentlich unsere tiefgerührteste Dankagung ausdrücken, verbinden wir noch den Zusatz:
„Verdient solch ein edler Fürst nicht alle Hochachtung und Verehrung; ist es nicht Pflicht jedes Bürgers, sich um den Thron dieses erhabenen Fürsten zu säubern, und aus allen Kräften Liebe, Anhänglichkeit und Unterstützung zu betheiligen?“

Der Gemeinderath.
G. 904. [2]. Karlsruhe.
Lehrlingsgesuch.

In ein liebes Speisereisgeschäft wird ein junger Mensch, mit den nöthigen Vorkenntnissen versehen, unter annehmbaren Bedingungen in die Lehre aufgenommen.
Näheres Amalienstraße Nr. 53.

G. 940. Karlsruhe.
Offiziers - Paletot - Cücher, blaues Tuch und feiner Kirsay nebst preussisch-grauen Buckskins nach neuer Ordonnanz
empfehlen in vorzüglicher Qualität und zu den billigsten Preisen
L. S. Léon Söhne,
Langestraße Nr. 169.

G. 938. Karlsruhe.
Für Damen.

Mein Lager in Lingerie de Paris ist durch eine neuen erhaltenen Sendung in den neuesten Artikeln wieder aufs vollkommenste assortirt, wovon ich mir die Anzeige erlaube.

Wib. Himmelheber
in Karlsruhe.

G. 940. [2]. Karlsruhe.
Bettige Leibwäsche.

als: weiße und farbige Hemden, Hemdentragen, neuester Hosen, Unterhosen und Wäschen, in allem Größen und Qualitäten empfiehlt

M. Urbino,
Lange Straße Nr. 98.

Auf Verlangen werden Hemden nach den neuesten Moden zu maßigen Preisen angefertigt.

G. 626. [3]. Karlsruhe.
Spanische und französische Weine.

Wir erlauben uns, unser wohl assortirtes Kommissionslager in spanischen und französischen Weinen in empfehlende Erinnerung zu bringen, und erlassen die als vorzüglich bekannten Weine zu den billigsten Preisen.

G. 930. [3]. Karlsruhe.
Spanische Weine.

Malaga, die Flasche à 1 fl. — fr.

Muscot sonet, " " 1 fl. — fr.

Alaque, " " 1 fl. — fr.

Feres, " " 1 fl. — fr.

Feres sup., " " 1 fl. 30 fr.

Feres primo, " " 2 fl. — fr.

G. 930. [3]. Karlsruhe.
Französische Weine.

Bordeaux St. Euphe, die Flasche à 1 fl. — fr.

dem St. Julien, " " 1 fl. 12 fr.

dem Chateau Lafitte, " " 1 fl. 30 fr.

Muscot Lunelle, " " 1 fl. — fr.

Kouffillon, " " 1 fl. 54 fr.

Von Malaga und Feres werden auch halbe Flaschen abgegeben. Ferner besitzen wir noch eine kleine Partie extra feine Alicante, Moscatel, Malvasia, Rota, Pararete, von denen wir die ganze Flasche à 3 fl., und die halbe Flasche à 1 fl. 45 fr. erlassen können.

Stempf S. Widmann,
Langestraße Nr. 151.

G. 930. [3]. Karlsruhe.
Auerbieten.

Ein Beamter, der neben der juristischen Ausbildung auch in der Oekonomie und im Rechnungswesen bewandert ist, wünscht als Konsulent, oder durch Uebernahme einer Kuratel, Vermögens- oder Güterverwaltung sich zu beschäftigen.

Portofreie Offerten besorgt die Expedition dieses Blattes unter A. Z. Nr. 75.

